

## KURZ NOTIERT

von Luise Malchert

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Orient- und Asienwissenschaften der Universität Bonn.

### Sex im Recht

Noch aus der Kolonialzeit stammt das Gesetz über Sexarbeit und sieht für Prostituierte eine Freiheitsstrafe ab drei Jahren, für Zuhälter ab fünf Jahren vor, Klienten bleiben unbehelligt. Häufige Razzien, Quoten, wieviele Prostituierte jährlich mindestens verhaftet werden müssen, Gewalt, Erpressung und Bedrohung durch die Polizei erzeugen ein Klima der Verfolgung und Missachtung. Die drastischen Strafen wirken abschreckend auf Sexarbeiterinnen, sich auf HIV/Aids testen oder behandeln zu lassen. Die Neuinfektionsrate liegt bei 7,1 Prozent, im Vergleich zu 0,5 Prozent in der Gesamtbevölkerung. Kondome werden kaum genutzt, ihnen las-

tet ein Stigma an. Bis zum Jahre 2000 war der Besitz eines Kondoms Beweis für Prostitution. Noch heute ist diese Änderung in der Bevölkerung und unter den Polizisten kaum bekannt.

Anders wollten Abgeordnete des Regionalparlaments Yangon mit dem Thema Sexarbeit umgehen, sie stellten einen Antrag, Massagesalons zu legalisieren, damit würde zum einen den SexarbeiterInnen ein rechtlicher Schutz zuteil, zum anderen würde die massive Korruption in der Branche bekämpft. Zu beidem ist die regionale Regierung Yangons nicht bereit und lehnte den Antrag mit der Begründung ab, Massagesalons entsprechen nicht

der burmesischen Kultur und können somit nicht legalisiert werden.

Die strafrechtliche Verfolgung von Sexarbeit bezieht sich ausschließlich auf weibliche Prostitution. In den vergangenen zwei Jahren ist in den Ballungszentren des Landes ein großes Angebot von Massagesalons und Wellness-Centers nur für Männer entstanden, diese dienen der Tarnung männlicher Sexarbeit. Bislang blieben diese Establishments von polizeilicher Verfolgung und Razzien verschont. In der Presse werden Stimmen laut, ihnen nun die gleiche Behandlung zukommen zu lassen wie den weiblichen Prostituierten.

*Mmtimes 12.12.2014*

*Elevenmyanmar 26.1.2015*

### Razzien gegen illegalen Holzeinschlag

Die burmesische Armee setzte das seit dem 1. April 2014 existierende Exportverbot für Holz mit militärischen Mitteln drastisch um, dabei brachen erneut Kämpfe in den von Minderheiten bewohnten Grenzregionen aus. Droht nach dem Jadekrieg nun ein Holzkrieg? Die Regierung sieht das Gesetz auf ihrer Seite. Die lokalen Gruppen und Armeen hingegen beanspruchen das Land und seine reichen Rohstoffe als ihr Eigentum

und verteidigen dies mit militärischen Mitteln. Dritte Partei in dem Rohstoffpoker und Haupthandelspartner beider Seiten ist China. Bei den Razzien der burmesischen Armee wurden über einhundert illegal auf burmesischer Seite operierende chinesische Holzarbeiter verhaftet, hunderte weitere saßen wegen der Kämpfe fest. In China wurden daraufhin Stimmen laut, die Holzarbeiter aus Burma retten zu müssen. In Medienkampa-

gnen wird Chinas Anspruch auf das rohstoffreiche Land deutlich, das Exportverbot wird dabei mehr als lokales Gesetz angesehen, an welches sich chinesische Beamten nicht gebunden fühlen. Inmitten dieses Rohstoffkonfliktes stehen die Menschen, die direkt und indirekt vom Wald abhängen. Seit den 1970er Jahren hat die Waldfläche etwa um ein Drittel abgenommen.

*Irrawaddy 22.1.2015*

### Bilaterale Bemühungen zur Legalisierung des Holzmarktes

Vertreter der chinesischen und burmesischen Regierung haben sich Ende Januar 2015 zum ersten Mal getroffen, um das Problem des illegalen Holzeinschlags zu diskutieren. Es wurde beschlossen, ein bilaterales Zertifizierungssystem zu erschaffen, um legal geschlagenes Holz zu identifizieren.

Problematisch bleibt allerdings die Frage, was illegales Holz ist? Die Legalisierung des Holzhan-

dels wird vor allem die Macht der zentralistischen Regierungen von Peking und Naypyidaw in den Grenzregionen stärken und mehr Profite in ihre Staatskassen spülen.

Kritische Beobachter sehen die aktuellen Bestrebungen vor allem gegen die ethnischen Minderheitenarmeen gerichtet, denn günstiger Nebeneffekt der Razzien im Januar 2015 war, dass wichtige Einkunftsquellen lokaler Armeen

zum Versiegen gebracht wurden. Experten warnen vor einem politischen Manöver im Namen des Umweltschutzes, dass das aktuelle Vorgehen nur dazu dient, den bereits existierenden Holzhandel unter staatliche Kontrolle zu bringen, ohne den massiven Raubbau an der Umwelt und die Zerstörung des Lebensraums der lokalen Menschen zu beachten.

*DVB 25.1.2015*